Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Preis 30 Mark

# Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 150,—, vierteljährlich M. 450,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 200,—, vierteljährlich M. 600,—, im übrigen Ausland monatlich M. 360,—, vierteljährlich M. 1383,—. Postscheckkonto Fr. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Bankverbindung Hansabank (e. G. m. b. H.), München. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647. — Geschäftszeit 8—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 75,—, für München M. 60,—, mit entspr. Nachlaß. Reklamezeile M. 210,—, Familienanzeigen M 40,—, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 30,—

Schriftleitung: München, Schellingstraße 41/I. — Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 9—11 Uhr vormittags

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 102|3 — München (Samstag), den 23. Dezember 1922 — 36. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv München

# Rechts- und Verfassungsbruch der Württembergischen Regierung

Am 18. Dezember erklärte der Justizminister Württembergs auf eine marxistische Interpellation wegen „der Übergriffe (!!) der Nationalsoz. D. A. P.". die Regierung habe die Macht und den Willen durchzugreifen, sie werde „den Fortbestand verbotener Organisationen nicht dulden und sie mit allen (!!) Mitteln unterdrücken". Der Württembergische Landtag seinerseits hat zu diesen Erklärungen seine Zustimmung gegeben.

Wir stehen hier also wieder einmal vor einer schamlosen Verdrehung der Tatsachen, vor einem Rechts- und Verfassungsbruch derjenigen Institutionen, die diese Verfassung beschworen haben.

Die Weimarer Verfassung sichert jedem Staatsbürger Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu. Der Marxismus und die Demokratie haben diese Forderungen als eine kulturelle Notwendigkeit seit Jahrzehnten auf ihre Fahne geschrieben. Jetzt ist in Württemberg unsere Partei aufgetreten. Sie hat keine einzige Versammlung politischer Gegner gesprengt, im Gegenteil, als die Novemberverbrecher die Werbekraft der Wahrheit in ihren Reihen zu spüren bekamen, gingen sie zum brutalen Terror über. In Stuttgart und in Geislingen wurden unsere Versammlungen von Kommunisten gesprengt, unsere Teilnehmer z. T. erheblich verletzt, ohne daß die Staatsregierung gegen die Kommunistische Partei aufgetreten wäre. Darauf kam der Überfall in Göppingen. Nicht die Kommunisten wurden von den Behörden zurückgetrieben, sondern unsere Versammlung untersagt, weil sie — Mißfallen und Unruhe hervorrufen könne. 100 Mann des Saalschutzes gingen sodann zu ihrem Gasthaus zurück. Und auf dem Wege dahin wurden sie von einer vieltausendköpfigen Menge nicht nur beschimpft, es kam nicht nur zur Prügelei, sondern es wurde scharf auf sie geschossen. Die Kopf- und Lungenschüsse unserer Parteigenossen sind ein Zeichen dafür, daß die Hintermänner der Marxisten deutsches Blut für keinen Pfennig ansehen, wenn es gegen die schamloseste Volksausbeutung aufzutreten wagt. Die Krankenschwester, die den Verwundeten half, wurde zu Boden getreten, unser Parteigenosse aus Göppingen, der zwei Schwerverwundete zum Bahnhof begleitete, blutig geschlagen.

Und was tut die württembergische Regierung und ihr Landtag? Sie versprechen, mit „allen Mitteln" die — Nationalsozialisten zu unterdrücken. Diese seien im Grunde revolutionär und wünschten einen neuen Staat. Ja, welcher anständige Mensch tut denn das nicht? Und wem verdankt denn die heutige Regierung ihre Stellung? Dem Meineid und dem Hochverrat der Novemberverbrecher.

Und wenn sie nun schon aus Angst vor der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes ihre Posten verteidigen möchte gegen Umstürze, so hätte sie die Pflicht, sich vor allen Dingen gegen die staats- und deutschfeindlichen Bolschewisten zu wenden. Die Räterepublik in München, die Aufstände an der Ruhr und in Mitteldeutschland, die Tausenden von Deutschen das Leben kosteten, sind die direkten Folgen der Tätigkeit der „Roten Fahne" und der Moskauer Millionen. In nationaler Pflichtvergessenheit tun die Behörden nichts, gar nichts gegen die bolschewistische Seuche, sondern fallen dazu noch denen in den Rücken, die das ganze schaffende Volk vor der organisiert durchgeführten Ausbeutung befreien wollen.

Was die Bolschewisten wollen, darüber besteht kein Zweifel. Ihr neuestes, überall veröffentlichtes Programm lautet u. a.:

„In seinem Befreiungskampf wendet das Proletariat alle Kampfmittel an, die die Verhältnisse ihm in die Hand geben: vom ökonomischen Streik bis zum politischen Massenstreik, von der öffentlichen Versammlung bis zum bewaffneten Aufstand."

„Die Kommunisten leugnen nicht, daß nur (!!) die Gewalt, der Bürgerkrieg in seiner schroffsten (!!) Form die bisher herrschenden Klassen stürzen wird." („Neue Ztg.' Nr. 214.)

Diese Partei also, welche den blutigsten Bürgerkrieg zynisch in ihrem Programm fordert, wird von einem deutschen Landtag, einer „demokratischen" Regierung in besorgten Schutz genommen. Eine schamlosere Verhöhnung des deutschen Arbeiters, überhaupt des schaffenden deutschen Volkes läßt sich nicht denken. Ausgeplündert bis aufs Hemd, beherrscht von einem schamlosen Spekulations-, Börsen- und Bankgesindel, betrogen von den „Arbeiterführern", wird jede Freiheitsregung, die wieder Gerechtigkeit fordert, niedergetreten. Und nur, weil wir — — Versammlungen abgehalten haben. Auf unseren Schultern lasten nicht die Taten des Ruhrgebiets, auf unseren Schultern lasten keine Geiselmorde, aber auf unseren Schultern lastet das Verantwortungsgefühl dem deutschen Volke gegenüber. Dieses Bewußtsein hat uns bisher getragen, es wird uns auch weiter helfen gegen pflichtvergessene Regierungen und parlamentarische Dirnen der Börsenjuden und terroristische Halunken der Bankhebräer.

Wir wußten und wissen, daß wir einen schweren Kampf durchzufechten haben. Gegen uns stehen alle Mächte der Lüge, der Verleumdung, des Terrors und des Goldes. Ganze Stöße von Zeitungen werden uns zugesandt, eine gemeiner als die andere, alle im Bunde mit den jämmerlichen Parlamentariern, den „Volksvertretern".

Wir werden uns durch all das nicht irre machen lassen. Wir haben gesehen, was ein Glaube und ein Mann vermag. Wir wissen absolut sicher, daß unsere Parteigenossen auch in Württemberg — und in Preußen — in ihrer Arbeit nur gestählt werden, und wissen, daß sie ausharren werden! Und wir glauben ferner, daß allmählich sich alle Augen der Ehrlichen aus allen Parteien auf uns richten werden. Wenn eine Bewegung vom gesamten heute uns schamlos beherrschenden Wucherkapitalismus und seinen Schutzparteien derart erbittert bekämpft wird, so wird sich mancher Betrogene doch fragen, warum das eigentlich geschieht . . .

Und er wird sich antworten müssen: Hier ist die einzige wirkliche Gefahr, die der Börse- und den Wucherbanken droht, deshalb, nur deshalb die Wut ihrer Knechte. Wir werden uns selbstverständlich alle diejenigen merken, die in der höchsten Not unseres Volkes dessen Todfeinden Schergendienste geleistet haben. Es wird einmal die Stunde auch für einen deutschen Staatsgerichtshof kommen, dann wird die verdiente Strafe nicht ausbleiben.

Kampf, Kampf und nochmals Kampf ist auch heute die Parole. Jeder Nationalsozialist fühle sich auch fernerhin als Träger der deutschen Zukunft, als einstiger Befreier des deutschen Volkes aus der Umschlingung seiner Peiniger!

---

## Bekanntmachung

### Dringend! — Sehr wichtig!

### An alle Bezieher!

Ab 1. Januar 1923 kann der „Völkische Beobachter" nur mehr monatlich und nur mehr unmittelbar bei der Post bestellt werden. Die Einhebung der Bezugsgebühr erfolgt nur mehr durch die Post. Wir haben veranlaßt, daß Ende dieses Monats der Postbote die Bezugsgebühr für Januar 1923 mit 300 M. bei unseren Beziehern einhebt. Diejenigen Bezieher, welche bis 22. Dezember 1922 die Bestellung für Januar beim Briefträger nicht erneuert haben, wollen sofort bei ihrer nächsten Postanstalt unsere Zeitung bestellen. Wir bitten alle Bezieher, nach vorstehendem zu verfahren; nur dadurch ist ein regelmäßiger Bezug unseres Blattes gewährleistet.

Die Ortsgruppen der N. S. D. A. P. werden besonders auf diese Bekanntmachung hingewiesen. Für dieselben empfiehlt es sich, die Bestellungen möglichst gesammelt bei der Post aufzugeben. Neubestellungen im Laufe des kommenden Jahres können nicht mehr durch die Partei, sondern jeweils nur durch die Post erfolgen.

Wir bitten jeden Bezieher dringend, den Bezug unseres Blattes für Januar durch sofortige Bestellung bei der Post sich zu sichern und weiter überall für unser Kampfblatt zu werben.

Der „Völkische Beobachter" darf nicht zugrunde gehen, sondern im Gegenteil: Im nächsten Jahre muß es uns gelingen, den „Beobachter" zur Tageszeitung auszubauen.

Mit deutschem Gruß!

**Geschäftsstelle des „Völkischen Beobachters"**

---

## Kein Parlament! Ein Mann tut not!

In allen Schichten des Volkes ringt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine Rettung aus unserer Not nicht durch ein Parlament, sondern nur durch einen Mann kommen kann. Wir Nationalsozialisten sind seit Jahr und Tag (und zwar schon lange vorher, ehe die Welt von einem Mussolini etwas wußte), für diese Wahrheit eingetreten. Ein Parlament, wie das deutsche, auf das sich der Vertreter einer feindlichen Regierung, die sich die Vernichtung Deutschlands zum Ziel gesetzt hatte, „verlassen" kann, hätte 1917 schon gesprengt gehört. Der Engländer Lord Cecil äußerte sich während des Krieges einem Schweizer Oberst gegenüber: „Wir Engländer wissen ganz gut, daß die deutsche Armee nicht zu schlagen ist, aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag." — Jawohl —, der Reichstag mit seinen Bethmännern, und ihrem pazifistischen und anti- und scheinnationalem Anhang haben wirklich großartig — für England und seine Verbündeten — gearbeitet. Und da sollen Deutsche, die ihrem Volke aus Not und Drangsal heraushelfen wollen, nicht Feinde dieses Parlaments werden?

Diese unsere antiparlamentarische Einstellung dient nun vielen dazu, uns verleumderischerweise die Absicht unterzuschieben, wir wollten die Monarchie, und zwar gewaltsam, wieder einführen.

Solchen, offensichtlich wider besseres Wissen erhobenen Unterstellungen gegenüber kann von unserer Seite nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß wir in unserem Tun nur von der Sorge für das Wohl aller sich ehrlich ernährenden Deutschen geleitet werden und für irgendwelche Sonderinteressen eines Standes oder einer Klasse nicht zu haben sind. Keinen Herrscher oder Herrscherklasse, aber einen Führer wollen wir. Wenn wir in dieser Zeit der größten deutschen Not, von der alle Ehrlichen betroffen werden, aber auch einer Zeit, in der alle Unehrlichen und das wirtschaftliche und politische Schiebertum, Orgien feiern, den Ruf nach einem ganzen Mann erheben, der mit eiserner Faust und stählernem Rechtswillen hineingreift in die Parasitenbrut, so glaube ich den von uns vertretenen Standpunkt nicht besser klarlegen zu können, als wenn ich mir in freier Weise einige Worte des großen deutschen Geisteserneuerers Eugen Dühring zu eigen mache, der gewiß von niemand als „monarchisch gesinnter Reaktionär" angeschwärzt werden kann. Eugen Dühring also machte bereits im Jahre 1909 in einer Aufsatzreihe über die Judenfrage in Rußland ungefähr folgende, auch für unsere heutigen Zustände zutreffende Ausführungen.

„Es braucht nicht ein Parlament, sondern einen Mann. Ein Parlament hat kein Gewissen und keine brauchbare Einsicht. Es setzt sich aus Parteianwandlungen, Parteibegehrlichkeit und höchstens Parteiverstand zusammen. Es kuscht sich vor und dient allen schlechten Interessen. Es verrät das Volk und die Besseren. Es gibt alles politisch Anständige schamlos preis, um sich von Parteivorteilen zu mästen und den Fraktionsbeistand teuerst zu verkaufen . . . Ein Parlament wird schließlich nur noch als Mittelchen fungieren und gelten, um willkürlichsten und schädlichsten Regierereien den falschen Stempel eines nationalen Zustimmungsscheines aufzudrücken. Dann ist's doch wohl gleich besser, an der verantwortlichsten und obersten Stelle einen Mann zu haben, der selber zur Rechenschaft verpflichtet ist und seinen Kopf riskiert, wenn er quer und verkehrt handelt und das Wohl der Nation nicht zu treffen weiß. Ein solcher Mann, ein wahrhafter Protektor, wird dies eben nur dadurch sein, daß er sich selbst zu raten weiß, für das Volk und für die Gesellschaft denkt, nicht aber erst von einer schamlosen Wahlkorruption und gewissermaßen Macherinteressen eine Beratung zu gewärtigen und hinzunehmen hat . . . Was also nottut, ist nicht Parlamentsspielerei, sondern einsichtige Gewalt — Gewalt sage ich, die aufzuräumen versteht. Waffen und Verstand sind die natürlichen Mächte, daß sie zum Guten dienen, darauf kommt alles an. Wer denkt, mit Schleichereien, insbesondere Judenschleichereien, Entwicklerichtum, Intellektualpfuscherei, Advokaterei und Gesetzesschmiererei an ein echtes und rechtes Ziel zu kommen —, an dessen Kulturhirn oder aber guten Willen kann ich nimmermehr glauben.

Er sollte sonst doch sehen, wie lahm sich diese Art politischer Geschäfte anläßt und wie verdorben es mit ihr zugeht . . . Ein einzelner kann nicht alles im Detail beherrschen wollen; das wäre Unsinn und Despotie. Über mancherlei braucht er Auskunft und wird überdies den Willen der Gruppen zu respektieren haben. In gewissen Dingen muß er aber von vornehrein fest sein und nicht erst zu fragen oder gar verbindliche Abstimmungen zu veranlassen haben. Dahin gehört die

Judenausweisung, Judenlokalisierung, ja die allgemeine Judenbestrafung, über die nicht erst zu diskutieren, geschweige abzustimmen ist. Dahin gehört auch das Zerbrechen der Ringe, also der Unschädlichmachung der Ring- (Trust, Monopole) und Protzbourgeois . . ."

Ich denke, jeder ehrliche und ernsthafte Freund unserer Bewegung, jeder Nationalsozialist, wird diesen Ausführungen E. Dührings voll und ganz beistimmen. Wir Nationalsozialisten können uns die Rettung des deutschen Volkes nur durch einen Mann vorstellen. Wir binden den eisernen Besen mit dem dieser Mann einmal auskehrt. Rücksichts- und schonungslos muß das beschnittene und unbeschnittene politische und wirtschaftliche Drohnentum ausgetilgt werden. Dann erst, deutsches Volk, kannst du wieder frei atmen.

Im alten Rom zu seinen besseren Zeiten war es bekanntlich Sitte, wenn das Vaterland in großer äußerer oder innerer Gefahr war, einen Diktator auf bestimmte Zeit mit unbeschränkter Vollmacht zu ernennen, und zwar ging die Anregung zur Aufforderung an die Konsuln der Republik zur Ernennung des Diktators meist vom Senat, dem damaligen Parlament aus.

Wer möchte nun von heutigen Parlamentariern etwas ähnliches erwarten?

Also es gibt keine andere Rettung als: Der eiserne Besen, geführt von einem Mann. A. Drexler.

## Poincaré an Cuno

Als Beauftragter der Börse von Paris hat Monsieur Poincaré der Reichsregierung erklärt, er lasse sich in keine Diskussion über die Darstellung der Vorfälle in Ingolstadt und Passau ein. Im übrigen habe die Reichsregierung nach der ersten noch eine zweite Entschuldigung zu machen mit dem amtlichen Vermerk, daß dies auch im Namen Bayerns und der städtischen Behörden der betreffenden beiden Städte geschehe. Und dann wird „Sühne" gefordert: Enthebung der unschuldigen Beamten.

Das ist Poincarés Weihnachtsbotschaft ans deutsche Volk! Eine Verhöhnung, eine Erpressung nach der andern, unterdes das Deutschtum geschändet und vergewaltigt wird. Die deutsche Reichsregierung aber bedankte sich noch kürzlich für die — — menschliche Behandlung unserer Gefangenen in — Frankreich. Herrliche Zeiten, und wer sich dagegen empört, stört den — Wiederaufbau des Vaterlandes.

## Das internationale Syndikat

Seit einiger Zeit gehen wieder einmal große Verhandlungen zwischen Europa und Amerika vor sich. Hoffnungen auf eine Hilfe sind wieder in Berlin groß geworden. Eine Anleihe, eine große Anleihe, hallte es voller Wonne in der ganzen Presse! Die Mark stieg . . .

Die Verhandlungen gingen weiter. Unsicher und unbestimmt. Zögernde Antworten, Dementis. Hoffnungen gingen zurück. Die Mark fiel.

Die Differenz betrug in 4 Tagen 3000 Mark pro Dollar. Ein Riesengeschäft für die Neuyorker Bankiers und die Eingeweihten in Berlin, Paris und London. Die 300, „von denen jeder jeden kennt".

Jetzt erklärt die „Frankf. Ztg.", Amerika habe gewartet, bis Europa, in der eigenen Soße gekocht, gar geworden wäre. Das sei jetzt der Fall. Harding habe schon bestimmte Direktiven erhalten.

Die Weltkonferenz ist in Sicht. Zuerst die „Abrüstungs"-konferenz in Washington, kürzlich die „Abrüstungs"-konferenz in Moskau, jetzt die Bankierkonferenz aller Staaten, nachdem vor einigen Wochen 7000 Bankiers in Neuyork schon allgemeine Richtlinien aufgestellt hatten (wo auch Max Warburg nicht fehlte . . .)

Das internationale Privatsyndikat, wie es der so plötzlich verstorbene Rathenau empfahl, krystallisiert sich immer mehr heraus. Wir haben uns schon lange einen Akt angelegt, auf dem steht „Internationales Syndikat". Wir raten jedem, angefangen von den Deutschnationalen bis zum Kommunisten, sich auch solch einen Akt anzulegen. Er wird dann Schritt für Schritt verfolgen können, wie ihm das graue Fell über die langen Ohren gezogen wurde. Auf gesetzmäßigem Wege, völlig in „Ruhe und Ordnung". Das ist der „Sinn der Weltgeschichte".

## Clemenceaus Heimkehr

Der frischgebackene Jesuitendoktor und Freimaureroberhaupt Monsieur Clémenceau ist nach seiner Amerikareise wieder in seine Heimat zurückgekehrt. In Amerika wurde er herzlichst von seinen ehemaligen „Freunden", Baruch und Otto Kahn (den Dr. Wirth besonders verhimmelt) freundlichst empfangen, von Negern als ihr Beschützer gefeiert. Bloß das Volk in Amerika war nicht entzückt von diesem alten politischen Schieber.

Als Clémenceau wieder auf französischem Boden stand, war das erste, die Nachricht zu dementieren, als habe er den Plan einer Ruhrbesetzung mißbilligt. Selbstverständlich. Jetzt kann der Tanz erst recht losgehen. Vielleicht klärt Clémenceau jetzt seine schwarzen Freunde am Rhein auf, was sie zu tun haben, um den französischen Namen mit Ruhm zu bedecken.

## Bolschewistische Weihnachtsfeier

In Sowjetrußland ist die Idee einer kommunistischen Weihnachtsfeier aufgetaucht, deren Durchführung der kommunistische Jugendverband (Komsomol) in die Hand genommen hat. Die „Komsomolsche Weihnacht", die natürlich einen antichristlichen Charakter tragen wird, wird nach dem Bericht der Sowjetpresse in Karnevalsveranstaltungen und Umzügen bestehen. Allerlei heidnische Götter und Priester sollen unbedingt auftreten. Aber es sind „satirische Masken", z. B. Vertreter der Entente, der russischen Bourgeoisie, der antibolschewistischen Generale usw. und ebenso Ferkel, Gänse, vorgesehen. Falls Maskenzüge nicht zustandekommen, werden Jugendbündler mit dem Kommunistenstern am Weihnachtsabend umherziehen und die Sowjetmachthaber preisen. Der heilige Abend soll mit einem Fackelzug abgeschlossen werden, und in den Kinderhäusern werden „kommunistische" Weihnachtsbäume angesteckt werden.

Was sagt das Zentrum zu diesem Hohn? Wir schlagen ihm vor, im Sowjetpalast Unter den Linden ein ähnliches Fest einzurichten und Dr. Wirth als Ehrengast einzuladen und Radek-Sobelsohn als Präsidenten zu ernennen. Es müßte herrlich werden . . .

## Fascismus und Judenfrage

Der „Vorwärts", der Zentralverein u. a. jüdische Blätter und Organisationen stellen mit Genugtuung fest, daß der Fascismus nicht antisemitisch sei. Das haben auch wir schon vor seinem Siege dargelegt und unserm Bedauern Ausdruck gegeben, daß die fascistische Bewegung anscheinend noch nicht zielbewußt ihre Mission für Italien erfüllt. Die Fascisten hatten mehrere jüdische Abgeordnete, nach dem Siege wurden auch einige Juden an höhere Posten gestellt (soweit uns bekannt, ist der Staatssekretär des Innern, Finci, entgegen verschiedener Meldungen kein Jude). Durch diese Tatsache hatte der Fascismus zwar weniger Schwierigkeiten in seinem Kampf, aber auch er wird allmählich Judas Bemühungen spüren, die Leitung in seine Hände zu bekommen.

Es wird von der Festigkeit Mussolinis abhängen, den Kampf in richtiger Front aufzunehmen.

## Verbrecher auf freiem Fuße

Der Bolschewist Eberlein, bekannt durch eine Reihe von Dynamitattentaten, aus dem Zuchthaus nach dem Paradies der Schieber und Volksausbeuter — Sowjetrußland — geflohen, ist auf einer diplomatischen Reise nach Deutschland verhaftet worden.

Auf Befehl des „preußischen" Landtags aber wurde dieser Tugendheld freigelassen.

Kapitän Ehrhardt aber, in hundert Schlachten erprobt, ein Mann, der sein Blut und Leben für Deutschland einsetzte und es von den Verbrechern, wie Eberlein, befreien wollte, sitzt im Gefängnis und harrt des Zuchthauses!

Das Weihnachtsgesicht Deutschlands 1922: Schmach und Schande, Jämmerlichkeit und Feigheit, Verlumpung und Niedertracht.

## Im Kampf um den Arbeitstag

Als die jüdische Hochfinanz den Marxismus großzog, war es natürlich notwendig, eine zugkräftige Parole auszugeben. Diese fand sich — neben heuchlerischem Geschrei über Wucher, Steuern usw. — vor allem im Kampfe für den Achtstundentag. Nun hat die Börsenrevolution vom 9. November den Wucher dadurch bekämpft, daß sie die Vermögenskonfiskation überführter Wucherer ablehnte, geschweige denn die Todesstrafe für alle Lumpen forderte, wie etwa die reaktionären Nationalsozialisten. Von allen Versprechungen des marxistischen Führergesindels haben die schaffenden Stände nichts als zerrissene Stiefel, Kleiderlumpen, Erfüllungspolitik, Negerherrschaft und andere schöne Dinge erhalten, während der schamloseste Schieber zum Heros der „proletarischen" Revolution geworden ist. Ganz wie in Rußland, dessen Schicksal man uns ebenfalls mit aller Emsigkeit vorbereitet.

Nur der Achtstundentag ist geblieben. Mit dem Unterschied zu früheren Zeiten, daß davon 5 Stunden allein nichts als Fron für den Börsenkapitalismus des Westens sind, für die von der „Arbeiter"presse seit Jahrzehnten so verhimmelten „großen Demokratien". Jetzt geht eine planmäßige Arbeit vor sich, unsere Volkskraft noch mehr auszubeuten, zu schinden, um nur ja weiter „erfüllen" zu können. Wir Nationalsozialisten sind stets aufs schärfste gegen solche bald offen, bald geheim aufkeimenden Versuche aufgetreten. Noch unlängst mußten wir die „Münchener Post", diese marxistisch-börsianische Giftpflanze, auf einem solchen Versuche festnageln. Jetzt hat sich neben Stinnes, den Blättern der Hochfinanz usw., der auch schon einmal genannte Vertreter der Sozialdemokratie im Reichswirtschaftsrat, Herr Max Cohen (Jude), ganz offen ausgesprochen. Er erklärte sich in einer der letzten Sitzungen als grundsätzlichen (!!) Gegner des heutigen Achtstundentages und flötete ebenfalls von der Notwendigkeit der Produktionserhöhung.

Wir können uns schon vorstellen, daß es Lagen gibt, da ein in Unglück geratenes Volk schwer arbeiten muß. Aber wenn man Arbeit fordert und zugleich Erfüllungspolitik dem unverschämtesten Ausbeutertum gegenüber, so erklären wir, daß uns die Arbeitskraft eines einzigen Kohlenschauflers, Bäckerjungen usw. ein viel zu teures Gut ist, als daß sie anders als dem ganzen eigenen Volke zugute kommen darf.

Wenn eine Politik zu fünf Stunden Sklavenarbeit von acht Arbeitsstunden noch zwei weitere Stunden Fron hinzudiktiert, so ist das eine Verbrecherpolitik! Sie führt zum seelischen und physischen Zusammenbruch, der jede Erneuerung verhindert und uns zum Arbeitsvieh erniedrigt, wie die jüdisch-bolschewistische Ausbeuterdiktatur den russischen Arbeiter heute zu 12- und 14stündiger Arbeitszeit zwingt!

In diesem Zusammenhang verdient auch der Kampf um die Nachtarbeit die ernsteste Beachtung. Im Bäckergewerbe z. B. hat sich in letzter Zeit ein erbitterter Kampf abgespielt. Während und nach dem Weltkriege wurde die Nachtarbeit in einer ganzen Reihe von Staaten verboten (Deutschland, Finnland, Frankreich usw.) und auf diese Weise ebenfalls eine volksschädigende Einrichtung abgeschafft. Am 14. und 15. Oktober hatte zu Köln ein Weltkongreß der Bäckereiarbeiter stattgefunden, der sich zur Aufgabe setzte, den Kampf für Nacht- und Sonntagsruhe seines Standes in allen Ländern zu vertreten, wo sie noch nicht eingeführt ist, und darüber zu wachen, daß sie in anderen nicht aufgehoben wird. Mittlerweile waren aber verschiedentlich Versuche aufgetaucht, die Nachtarbeit so nach und nach wieder einzuführen. Dagegen ist nun wieder eine heftige und berechtigte Gegenbewegung im Gange.

Wir Nationalsozialisten können diesen Kampf nur vom Standpunkte des ganzen Volkes aus betrachten und würden den Bäckern raten, ihren Kampf ebenfalls auf eine allgemeinere Grundlage zu stellen und sich in die Lage anderer Berufe zu versetzen. Ein in der Nacht auf der Straße überfallener Bäcker würde empört sein, wenn weit und breit kein Schutzmann zu finden wäre, und bedenkt vielleicht nicht, daß dieser Beruf ebenfalls schwere Nachtarbeit oft in Frost und Regen erfordert. Man liest gerne am Morgen seine Zeitung, vergißt aber, daß auch dies Nachtarbeit für Setzer und Schriftsteller bedeutet. Ähnlich steht es mit Telegraph, Eisenbahn, Elektrizitätswerken, ärztlichen Berufen, Krankenpflege usw. Es gibt eben Dinge, die auch der für seine Nachtruhe kämpfende Volksgenosse unbesehen von Männern und Frauen anderer Berufe als selbstverständlich verlangt. Wir möchten den Bäckereiangestellten sehen, der nicht empört wäre, wenn ein Arzt ihm die Behandlung seines in der Nacht erkrankten Kindes verweigern würde.

Das alles gilt es zu bedenken. Wir erklären den marxistischen Klassenkampf als Verbrechen nicht nur dem ganzen Volke, sondern auch gerade der Klasse gegenüber, für die angeblich gekämpft wird. Denn das ganze Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft; ist ein Stand zugrunde gerichtet, so wird auch der andere erkranken. Darüber haben die Marxisten ihre Anhänger planmäßig belogen. Wir treten deshalb ein für den Achtstundentag, Abschaffung der Nachtarbeit, wo nur Unternehmeregoismus ein Interesse an ihr hat; wo dies aber im Gesamtinteresse nicht möglich ist, fordern wir ausreichende Erholung unserer Nachtarbeiter.

Die Volkskraft und die Volksgesundheit sind ein kostbarstes Gut, das wir zu schützen haben. Überall, in allen Stunden. Und unter uns sollen nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen gelassen (wie heute), sondern Volksschädlinge rücksichtslos ausgerottet werden. Darin wissen wir uns einig mit dem ganzen schaffenden Volke. R.

Spenden für den Kampfschatz der nat.-soz. Partei sind an das Postscheckamt München unter Nr. 23319 zu richten.

## Weihnacht!

Groß ist die Not!
Der Finsternis Riesen
Kämpfen gegen die Söhne des All.
Bang ist der Streit!
Die mächtigen Feinde
Bringen der Tapferen viele zu Fall.
Licht und Sonne und Sein, sie verschwinden,
Dunkel nur folgt die Nacht auf die Nacht,
Dröhnend im Sturmwind in Tälern und Gründen
Toset die ungeheure Schlacht.
Wann wird sie enden?
Zum Guten sich wenden?
Hei, dort im Osten flammt es mit Macht!
Dort hat das Sehnen
Der Starken und Schönen
Die finsteren Hasser zu Falle gebracht.

Das Licht hat gesiegt!
Es feiern die Menschen
Freudig der Weihnacht leuchtendes Fest!
Glänzende Augen,
Gläubige Seelen
Spiegeln des Lichterbaums grünes Geäst.
Heimlich regt sich in jedem Herzen
Lenzessehnen und Sommerlust.
Heimatlich traulich knistern die Kerzen,
Weit und verträumt wird's der deutschen Brust.
Doch nein, nicht verträumen,
Nein, nichts versäumen!
Deutschland, Deutschland ich denken muß.
Bleib, holder Frieden,
Noch nicht hienieden,
Heute noch sei dir ein Abschiedsgruß.
Deutschland! Deutschland! Ach
Auch du liegst im Streite
Gegen ein dunkles Drachengesicht.
Hart ist dein Kampf!
Klein ist das Häuflein
Auch deiner Streiter im Heere des Licht.
Alles hat man dir weggenommen,
Nur nicht dein Sehnen nach Freiheit und Recht.
Sehne dich nur! Die Stunde wird kommen,
Dann bist du frei und wirst niemals mehr Knecht!
Licht nur kann siegen,
Die Nacht muß erliegen.
Vaterland, rüst' dich zum Siegeslauf!
Sei guten Mutes,
Wir künden dir Gutes;
Denn schon geht im Süden die Sonne dir auf!

H. F.

## Friede oder Schwert

Weihnachtsbetrachtung von Dr. Alexander Schilling, M.-Ostrau.

Fromme Hirten weiden bei Bethlehem ihre Herden. Da plötzlich öffnet sich das Himmelstor und auf einem Teppich von Licht gleiten Engel zur Erde, den Ölzweig des Friedens in der Hand und künden die frohe Botschaft „Friede auf Erden".

Und die, die keines guten Willens sind, sie, die den Frieden gemeuchelt haben, stammeln heute mit Pharisäerlippen „Friede auf Erden". Woher auf einmal bei ihnen dieses Friedensbedürfnis?

Wenn der Tiger des Dschungels nächtigerweile in die Gehöfte eingebrochen ist und seine Opfer niedergerissen hat, dann legt er sich träg in das Dickicht, das warme Fleisch noch unter seinen Branken, das Blut noch an den Zähnen, und er will Ruhe, Frieden von den Jägern. Wenn die Kobra ihre Beute verschlungen hat, hängt sie träg am Baum. Satt gefressen, will dieses Schlangenraubtier Ruhe und Frieden. Wenn der Räuber sein Wild niedergestoßen und seine Beute in Sicherheit gebracht hat, dann wünscht auch er sich Ruhe und Frieden, Ruhe von den Polizeihunden, Frieden von den Gendarmen.

Der gemäßigte Lloyd George erklärte kürzlich in einer Polemik gegen Clémenceau: „Es gibt in Deutschland Männer, die ihre Gedanken auf die Rache und einen Revanchekrieg richten, sie mögen wissen, daß jedes derartige Beginnen Deutschlands auf die geeinte Front der Sieger stoßen werde. Der Weltfrieden darf nicht angetastet werden, soll es nicht zur Weltkatastrophe kommen." Das ist die Ideologie der sattgefressenen Kobra. Und Frankreich, das ein halbes Jahrzehnt die Pillen der Rache zu jeder Mahlzeit einnahm, das sich, wie einst der Perserkönig von seinen Sklaven, „Herr, denke an die Griechen", stets von seiner Presse und seinen Politikern vorsagen ließ, Frankreich denke an die Rache, das ein halbes Jahrzehnt hindurch in allen Tonarten Revanche für Sadowa, Revanche für Sedan, abwandelte, bekommt heute einen bösen Hustenreiz, wenn so mißtönige Worte, wie Revanche und Rache, an sein friedliches Ohr klingen. Derselbe Ekel, den auch der König der Dschungel empfindet, wenn der Jäger mit ihm Abrechnung halten will. Und wenn schließlich die Tschechoslowakei sich an die Friedensverträge klammert, so tritt neben den Räuber der Hehler, der ebenfalls an seinen Beuteanteil denkt und als Nutznießer der Friedensverträge, die besser Beuteversicherungsverträge heißen wollten, an diesen interessiert ist.

Was soll man aber dazu sagen, daß die internationalen Gewerkschaften und die internationalen marxistischen Parteien Friedenskongresse abhalten, die den Zweck haben, jeden Krieg der Zukunft zu vermeiden! Die Räuber schieben andere vor, die ihnen unter den schönen Schlagworten „Friede den Menschen auf Erden" internationale Verbrüderung, nie wieder Krieg, die Beute auf alle Ewigkeit sichern wollen. Warum versagte die Internationale, als die Feinde den Ring um Deutschland geschlossen hatten und die verschiedentlichen Bestien in deutschen Landen auf Raub ausgehen wollten? Da waren die Führer der Internationale, die Vandervelde, Thomas' usw., die Organisatoren des Krieges und des Hasses. Und deutsche Sozialdemokraten, deutsche Gewerkschafter geben sich dazu her, den Kapitalisten von Paris, London, Newyork, Rom, Prag und Warschau ihre reiche Beute zu sichern, das deutsche arbeitende Volk dauernd in Lohnsklaverei zu erhalten.

Deshalb haben wir heute keine Ohren für die sanfte Weihnachtsbotschaft aus lichten Himmelshöhen. Die wilde Jagd sei unser Symbol, die Weihnachtslichter mögen uns an Feuerbrände erinnern und an die Stelle des Ölzweiges setzen wir das Schwert.

## Max Bayrhammer

hat in jüngster Zeit in Mittelfranken deutsche Rezitationsabende mit größtem Erfolge abgehalten. Warum wohl der Künstler, an dem das Nationaltheater und das Kultusministerium hartnäckig vorübergeht, gerade in seiner altbayerischen Heimat so wenig hervortritt? Sollte vielleicht der heftige Angriff im „Berliner Börsenkurier" gegen Bayrhammer die Ursache sein?

# Die Herrschaft des Wuchers

„Wir verbrauchen mehr als wir erzeugen, also äußerste Sparsamkeit und Produktionsförderung", das ist die Parole unserer heutigen patentierten voraussetzungslosen, volkswirtschaftlichen Wissenschaft links und rechts, deren Befolgung uns angeblich allein aus der Not herausführen kann. Wollen wir heute einmal die Frage: wer, wo und wann mehr verbraucht wird, unerörtert lassen und uns mit der Frage der Produktionsförderung befassen und uns fragen, ob sie möglich und die alleinige Parole ist, deren Befolgung uns aus der Not herauszuführen in der Lage wäre. Beispiele aus dem praktischen Leben geben uns die Antwort, uns zugleich zeigend, wo es fehlt. Zum Beispiel:

Das Unternehmen „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" hatte im Geschäftsjahr 1921/22 für die Gesellschafter 1 100 000 000 M. zu „rentieren", d. h. zu verzinsen. Die „Gesellschafter" entzogen deswegen dem Unternehmen zur Verzinsung dieser Summe mit 25% (im Vorjahr 16%) das Kapital im Betrage von 275 Millionen Mark. So war das Unternehmen des Betriebskapitals, das es zur Produktion unbedingt benötigt, entblößt, weshalb die Gesellschaft der Berufsleihkapitalisten in derselben Zusammenkunft, genannt Aktionärgeneralversammlung, beschloß, dem Unternehmer wieder nominell 300 Millionen, gegen das Recht auch hierfür dem Unternehmen wieder unbeschränkt Zinsen entziehen zu dürfen, zur Verfügung stellte. Jetzt hat also das Unternehmen im Geschäftsjahr 1922/23 1 400 000 000 M. zu verzinsen, was für 1923 folgende Verzinsungsrechnung erwarten läßt:

| | | |
|---|---|---|
| 1922 | für 1 100 000 000 M. mit 25% dem Unternehmen entzogen | 275 000 000 M. |
| 1923 | für 1 400 000 000 M. mit 25% dem Unternehmen entzogen | 350 000 000 M. |
| also 1923 dem Unternehmen mehr entzogen | | 75 000 000 M. |

Denn dafür wird gesorgt, daß für das „erhöhte" Aktienleihkapital eine annähernd gleiche oder höhere Verzinsung herauskommt, wie uns ein Absatz aus einem Prospekt zur Anpreisung von neuen Aktienschuldscheinpapieren der „Ammendorfer Papierfabrik" zeigt, der folgendermaßen die Profitlust anreizt: „Die Gesellschaft gehört dem Verbande Deutscher Druckpapierfabrikanten, G. m. b. H., Berlin, mit einer Produktionsquote von 24 Millionen Kilo Zeitungsdruckpapier an. Der Verband, der insbesondere die Hebung der Druckpapierindustrie und die Erzielung angemessener Verkaufspreise zum Zweck hat, ist bis 31. Dezember 1925 fest geschlossen. Produktions- und Absatzverhältnisse haben sich im laufenden Geschäftsjahre sehr günstig gestaltet, so daß mit einem annähernd gleichen Erträgnis auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann, vorausgesetzt, daß nicht erhebliche Störungen eintreten."

Diese Praxis hat sich nämlich bewährt. Die Gesellschaft der Berufsleihkapitalisten entzogen nämlich dem Unternehmen zur Verzinsung

| | | |
|---|---|---|
| 1919 | von 1 950 000 mit 60% den Kapitalbetrag von | 1 170 000 M. |
| 1920 | von 3 900 000 mit 60% den Kapitalbetrag von | 2 340 000 M. |
| also 1920 gegenüber 1919 mehr | | 1 170 000 M. |
| 1921 | von 8 500 000 mit 60% den Kapitalbetrag von | 4 830 000 M. |
| also 1921 gegenüber 1920 mehr | | 2 490 000 M. |
| 1922 | von 17 000 000 mit 60% den Kapitalbetrag von | 9 637 500 M. |
| also 1922 gegenüber 1921 mehr | | 4 807 500 M. |

Das Geschäft blüht. Daneben macht die Regierung mit dem Parlamente, in dem unsere Zeitgenossen sitzen, die auf den Ruf „Volksvertreter" hören, eine große Geste. Unter dem Vorwand der notleidenden Presse zu helfen, werden die Holznutznießer gezwungen ½% und künftig 1½% vom Holzverkaufspreis an die Ausgleichskasse zur Unterstützung der notleidenden Presse abzuführen, damit die Presse einigermaßen in der Lage ist, die Papierpreise zu zahlen, da „die Erzielung angemessener Verkaufspreise" unbedingt notwendig ist, auf „daß mit einem annähernd gleichen Erträgnis auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann", worüber uns die Druckpapierpreise belehren, wenn im Juli 1914 das Kilo in Rollen 21 Pf., im November 1922 schon 186,80 M., aber jetzt, im Dezember, 446 M. kostet.

So stellt sich Regierung und „Volksvertretung" in den Wuchertreiberdienst für die Berufsleihkapitalisten auf diesem Gebiete, wie auf einem anderen. Unter dem Vorwand, den Wucher zu bekämpfen, wird der kleine Geschäftsmann, Handwerker und die Landwirtschaft drangsaliert. Auf diese und für diese regnet es nur so Wuchergesetze, Verordnungen, Paragraphen. Der Bauer muß Umlagengetreide abliefern zu einem amtlich festgesetzten niedrigen Preise, er muß aber den Kunstdünger und die sonstigen Industrieprodukte zum diktierten freien Marktpreis zahlen, der notwendig ist zur „Erzielung angemessener Verkaufspreise", damit „mit einem annähernd gleichen Erträgnis auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann". Dem Geschäftsmann wird der Wiederbeschaffungspreis vorenthalten. Nimmt er ihn, so läuft er Gefahr, wegen Wucher verklagt und bestraft zu werden. Nimmt er ihn nicht, so verliert er nach und nach sein Eigentum und wird dem Zinswucher in die Arme getrieben. Hat nämlich der Geschäftsmann nicht das nötige Betriebskapital (weil es ihm zuerst verwehrt wird, es sich zu erwerben), so braucht er Kredit. Der Kreditanspruch wird immer größer, daher auch die Kreditsumme, aber auch der Zinsfuß, da ja, nach unserer heutigen patentierten voraussetzungslosen volkswirtschaftlichen Wissenschaft die Geldentwertung und das größere Risiko einen höheren Zinsfuß rechtfertigen.

Die Rechnung ist nun folgende: Brauchte ein Geschäftsmann Kredit, so mußte er

| | |
|---|---|
| früher für 10 000 M. zu 5% — | 500 M. Zins |
| jetzt für 10 000 000 M. bei 5% — | 500 000 M. Zins |
| aufbringen, das wären allein schon mehr | 499 500 M. Zins. |

Da er aber jetzt auch einen höheren Zinsfuß zu zahlen hat, um die Geldentwertung und das Risiko auszugleichen, so muß er

| | |
|---|---|
| jetzt für 10 000 000 M. zu 30% — | 3 000 000 M. Zins |
| also jetzt tatsächlich mehr | 2 999 500 M. Zins |

aufbringen als früher. Die Aufbringung dieser Zinssumme ist nur möglich durch hohe Preise und immer wieder durch Erhöhung derselben, durch Not und Elend.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich immer wieder: Wo stecken denn unsere Zeitgenossen, die so gerne auf den Namen „Volksvertreter" hören? Sehen sie diesen Wucher nicht? Haben sie nicht mehr den Mut, diesem Wucher einen Riegel vorzuschieben? Oder ist es wirklich wahr, daß die Tonangebenden und Führenden selbst daran ein positives Interesse haben? Denn durch die heutige sogenannte Wucherbekämpfungsgesetzgebung leistet Regierung und Volksvertretung im Parlament Wucherzutreiberdienst.

„Größere Sparsamkeit! Produktionsförderung!" soll die Losung sein! Nein, das ist sie nicht. Zuerst den Zinswucher in Grenzen ziehen, damit die Sparsamkeit und Produktionsförderung möglich ist, das ist die Losung. Denn wenn die Arbeitnehmerschaft z. B. der A.E.G. nicht bloß 8, sondern 18 Stunden gearbeitet hätte, dann hätte eben die Berufsleihkapitalistengesellschaft, der dieses Unternehmen verschrieben ist, nicht bloß 275 Millionen (das ist etwa der Jahresarbeitsverdienst von 10 000 Arbeitnehmern gewesen im Geschäftsjahre 1921/22) dem Unternehmen als Zins entzogen, sondern vielleicht 1275 Millionen, da sie ohnehin 1922 eine Verzinsung von 25% verteilten, gegen 16% im Jahre 1921. Und wenn die Arbeitnehmerschaft der Ammendorfer Papierfabrik umsonst, ohne Lohn, gearbeitet hätte, so hätte eben die Berufsleihkapitalistengesellschaft dieses Unternehmens dem Unternehmen nicht bloß 9 637 500 M. (das ist der Jahresarbeitsverdienst von etwa 329 Arbeitnehmern) dem Unternehmen als Zins entzogen, sondern vielleicht 30 Millionen Mark.

10 000 Arbeitnehmer mehr in der A.E.G. hätte eine Produktionsförderung gegeben, 329 Arbeitnehmer in der Ammendorfer Papierfabrik und in sonstigen Unternehmungen, mehr hätte eine Produktionsförderung gegeben, die dem ganzen Volke zugute gekommen wäre. Aber dann wären die „angemessenen Verkaufspreise" nicht zu erreichen gewesen, die notwendig sind, damit mit einem „annähernd gleichen Erträgnis auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann".

Diesen Wucher sehen wir an hunderttausenden deutscher Unternehmungen vor sich gehen. Und was in hunderttausenden Einzelfällen vor sich geht: das Kapital dem Unternehmer als Zins entziehen, um es ihm wieder gegen einen unbegrenzten Zinsanspruch zum alten hinzu zur Verfügung zu lassen, das geht im großen vor sich durch die Berufsleihkapitalistengesellschaft „Entente", die sich gleich das ganze deutsche Volk als Bewucherungsobjekt erkoren hat, wovon aber das französische, englische usw. Volk keinen Nutzen hat.

Ist die unbeschränkte, unbegrenzte Wucherverzinsung nicht gesichert, so wird eben die Bude geschlossen. Es ergeht da der Arbeitnehmerschaft wie jedem anderen Zinsaufbringer. Kann er nicht mehr, so wird er von seiner Arbeitsstätte verjagt. Man nennt das sonst Bankrott. Bei der Arbeitnehmerschaft heißt es Arbeitslosigkeit. Die Wucherverzinsung muß gesichert sein und gesichert bleiben und gesichert werden.

Da die die Verzinsung aufbringende Arbeitnehmerschaft über die Verwendung des von ihr erzeugten Kapitals nicht zu bestimmen hat, wird es ihr durch die Berufsleihkapitalisten, die heute lieber unter dem Decknamen Unternehmer, Industrielle, Gesellschafter und Arbeitgeber auftreten, entzogen und nur gegen Wucherverzinsungsgarantie wieder zur Produktion zur Verfügung gestellt. Hier liegt eine Wurzel der Behinderung jeder Produktionsförderung, jeder Sparsamkeit, jeder Gesundung unserer Wirtschaft.

Es ist fremdvölkischer Geist, der sich hier auswirkt. Sehr viele Deutsche haben aber die Güte dieses Bratens auch schon gerochen und wollen ihn nicht mehr missen. Die Regierungen aber und die Volksvertreter stützen und schützen diesen Wucher. Die einen, weil sie ihn nicht kennen, da sie noch nicht davon leben, die anderen, weil sie davon leben und deshalb kennen.

Arbeitersekretär **Wimmer**, Regensburg.

## Verbreitet den „Beobachter"!

## Zahlen zum Nachdenken

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebener, Landesverband Bayern, München, Schellingstraße 138/0, schreibt uns folgendes:

1. Der Anfangsgehalt eines Beamten in Gruppe I Ortsklasse C mit 3 Kindern betrug am 1. April 1920 900 M., am 1. November 1922 21 000 M., Steigerung 2133%.
2. Die Reichsindexziffer betrug am 1. April 1920 916 M., am 1. November 1922 22 066 M., Steigerung 2200%.
3. Ein 100%-Beschädigter mit einfacher Ausgleichszulage, ohne Pflegezulage mit 3 Kindern erhielt in Ortsklasse C am 1. April 1920 670,35 M., am 1. November 1922 12 647,90 M., Steigerung 1675%.
4. Ein 100%-Beschädigter mit doppelter Ausgleichszulage, höchster Pflegezulage und 3 Kindern in Ortsklasse A erhielt am 1. April 1920 1061,25 M., am 1. November 1922 14 654,80 Mark, Steigerung 1200%.
5. Die erwerbsunfähige Witwe mit einfacher Ausgleichszulage mit 3 unversorgten Waisen in Ortsklasse C erhielt am 1. April 1920 490,35 M., am 1. November 1922 11 839,10 M., Steigerung 2200%.
6. Bedürftige Kriegereltern mit einfacher Ausgleichszulage in Ortsklasse C erhielten am 1. April 1920 154,70 M., am 1. November 1922 4434,20 M., Steigerung 2206%.

a) Die am 1. April 1920 gezahlten Renten reichten damals in keiner Weise aus. Ihre Unzulänglichkeit wurde von den Organisationen der Reichsregierung und dem Reichstag in gleicher Weise zugegeben. Trotzdem erreicht die Steigerung bei den Kriegsbeschädigten bei weitem nicht die Steigerung der Reichsindexziffer.

b) Die Steigerung von III—VI ist nicht absolut, sondern nur bedingt gewährt unter den Einschränkungen des Teuerungsmaßnahmengesetzes (Voraussetzung ist Bedürftigkeit nach amtlichem Maßstab). Die unbedingte Steigerung auf Grund des Paragraph 87 des Reichsversorgungsgesetzes, die also allen Kriegsopfern zugute kommt, verursacht etwa nur eine Verdoppelung der Renten.

Pflicht des Staates ist es, den Kriegsopfern angemessen zu helfen. Aber die Not ist groß, und die Hilfe ist weit. Darum hat der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebener einen eigenen Unterstützungsfonds eingerichtet, um in ganz besonderen traurigen Fällen sofort helfen zu können. Beiträge hierzu werden erbeten an das Postscheckkonto München 30 777.

## Jagdpachtwahnsinn

### 12 Millionen Mark für eine Jagd

Die Perleberger Stadtverordneten nahmen, wie der „Berl. Lok.-Anzeiger" berichtet, ein Angebot des Kaufmanns Diepholz, Hamburg, an, der sich bereit erklärte, für die Jagd jährlich 1000 Goldmark zu zahlen, und zwar auf 12 Jahre voraus. Umgerechnet ergibt sich daraus für die Stadt eine Einnahme von 12⅗ Millionen Mark. Hierzu treten noch 20 v. H. Stempelsteuern und 15 v. H. Jagdpachtsteuern, so daß die Jagd insgesamt auf nahezu 17 Millionen Mark zu stehen kommt! 50 v. H. des erlegten Wildes will der Jagdpächter dem Magistrat für Armenzwecke zur Verfügung stellen. Die Stadt wird durch diese Einnahme in die Lage versetzt, 9 Millionen ihres Darlehens abzulösen.

Ähnliche Mitteilungen findet man jetzt ständig und dutzendweise in den Jagdzeitungen. Man fragt sich: woher diese Reichtümer? Zumal man sehr häufig dabei die Bemerkung liest, daß die Pächter vor dem Kriege unbemittelte Leute waren. Wir kennen einen solchen „Reichen" in Berlin-Sch., Privatier R. Zu Anfang des Krieges legte er den Grund durch seinen Verdienst an Schwarzlieferungen in Milch und Käse. Dann fabrizierte er einen „Kunstschnaps", bekam die Lieferung für das Heer und verdiente ungezählte Millionen. Und die Soldaten, die das Gift bekamen, erkrankten haufenweise an schwersten Darmvergiftungen. Der Fabrikant aber ist Besitzer einer ganzen Reihe von Häusern und Villen und „angesehene" Persönlichkeit!

Wann kommt ein Volksgericht und nimmt diese verbrecherisch erworbenen Besitztümer in Beschlag für die Opfer des Krieges?

> Keine Nation fühlt so sehr als die deutsche den Wert von anderen Nationen und wird leider von den meisten wenig geachtet eben wegen dieser Biegsamkeit. Mich dünkt, die anderen Nationen haben recht: eine Nation, die allen gefallen will, verdient von allen verachtet zu werden.
>
> **Georg Christoph Lichtenberg (1742—1799)**

## Dühring-Wahrheiten III

### Der „Zukunftsstaat" — Der Herrenstaat der Juden

Judendespotie ist der versteckt gehaltene Kern in den Gebarungen, zu denen man die Arbeiter verführt. Der sogenannte Zukunftsstaat ist in Wahrheit der Herrenstaat der Juden. Die Arbeitermasse ist nur das Instrument, durch welches die Judenrasse sich nicht etwa bloß gegen die gerechten Haßkonsequenzen, die ihr überall in Aussicht stehen, schützen, sondern über diese Schutzzwecke hinaus noch gar zur vollen souveränen Herrschaft emporschwindeln will. Die auf diese Weise geträumte Zukunft ist nicht eine Knechtung des Arbeiters durch den Arbeiter, sondern des Arbeiters durch den Nichtarbeiter, den Juden. Nicht der Zukunftsarbeiter, sondern der Zukunftsjude, dessen Zukunftsausbeutung und Zukunftsherrentum, ist das Ziel, und die angeblich „Zielbewußten", wie sich die düpierten Arbeiter selbst nennen, sollten sich vor allem dieses Ziels, d. h. des Judenziels, bewußt werden. Statt dessen lassen sie sich nasführen und nicht bloß in schlechten Trieben bestärken, sondern auch mit ungewohnter, der Masse nicht eigner, bloß von den schlechtesten Gesellschaftselementen und von der Hebräerrasse herstammender Verderbnis infizieren.

Der den Arbeitern aufgelogene und aufgetrogene sogenannte Klassenkampf ist im letzten Grunde ein judenseitiger Rassenkampf. Der Jude möchte, so possenhaft es sich auch anläßt, ob der neuesten Welt den Cäsar spielen und hat sich zu diesem Behuf die Arbeitermasse als Stützpunkt ausersehen. Mit seiner angestammten Verlogenheit fabriziert er Zukunftsblitzen, mit denen er den Arbeiter regaliert, indem er ihm zugleich die Gegenwartsgroschen aus der Tasche holt. Von Gleichheit schwatzt er und schwindelt entsprechende Bildchen vor, während er tatsächlich in seinem verborgenen Innern die äußerste Ungleichheit meint, nämlich die Herrschaft des Juden über alle wirkliche Arbeit und über alle Arbeiter, sowie die vollständige Entblößung der letzteren zugunsten des Hebräertums.

Wohl wissend, daß in absehbaren Zeiten die Gesellschaft ungefähr dieselbe bleiben wird, strebt der Jude danach, sich eben in dieser Gesellschaft zum Herrn und Oberausbeuter zu machen. Wo er schon einiges davon erreicht hat, da lenkt er bezüglich der Arbeiter schon ein.

Dabei versäumt er aber selbstverständlich nicht, die Hetzarbeit fortzusetzen. Die Hauptsache, für die er zu sorgen hat, ist die Erhaltung und Vermehrung der Herrschaft über den einmal affiliierten (— einverbrüderten) Teil der Arbeitermasse. Was sich der Herrschaft dieses Teiles nicht fügen will, das wird mehr oder minder terroristisch verfolgt und tyrannisiert, dergestalt, daß die an der Oberfläche zuerst wahrnehmende Knechtung des Arbeiters im Grunde und Kern ein Mittel ist, die Knechtung des gesamten Arbeitertums seitens der Judenrasse zu bewerkstelligen. Indem wir diesen Sinn des ganzen Sachverhaltes bloßlegen und hervorheben, erklären wir auch zugleich das gesamte zersetzende und hetzerische Gebaren, durch welches die Hebräermache beim Arbeitertum ihre Geschäfte macht.

Vor allen Dingen muß es immer irgend etwas geben, wodurch die Zwietracht teils zwischen den Arbeitern selbst, teils mit der übrigen Gesellschaft, unterhalten und neu geschürt wird. Das Aufbringen politischer Streiks, die mit wirtschaftlichen Ansprüchen nichts zu schaffen haben, ist ein Hauptbeispiel für jene Art falschester Zwiespaltmache. Überdies muß es doch auch irgend etwas geben, worüber diskutiert und womit der tatsächliche Gedankenmangel versteckt werden kann. In dieser Manier wird neben der gröberen handgreiflichen und faustrechtlichen Knechtung auch die geistige Verdummung des Arbeiters durch den Arbeiter judenseitig betrieben. Auf sogenannten Kongressen oder auch Parteitagen wird dabei so getan, als handle es sich um wichtigste Fundamentalfragen, während doch nur lückenbücherisches Blechmaterial breitgeschlagen wird, um den Schein des Vorhandenseins großer Aktionsfragen aufrechtzuerhalten.

Der Jude, der hinter den Arbeitern steht, will durch diesen überall eingreifen und kommandieren. Demgegenüber wird eine starke Reagenz immer dringender.

Wir aber wollen etwas weiter blicken und an die einzige Bedingung erinnern, durch die, in einer allerdings nicht zu früh anzusetzenden Zeit, das Unheil mit seiner Wurzel selbst entfernt und zunächst wenigstens gemäßigt werden kann. Gelingt es, inmitten des sich jetzt vermehrenden Chaos nicht bloß die Einsicht, sondern auch den Willen derartig zu wenden, daß der traditionelle (— überlieferte) Raubsinn beseitigt und an Stelle dessen das Verlangen verbreitet wird, sich gegenseitig kein Unrecht zuzufügen, so ist wenigstens ein Anfang und ein Ansatz zur Besserung in Aussicht. Der Arbeiter wird sich alsdann vor nichts mehr hüten, als seinesgleichen direkt oder indirekt zu knechten und obendrein die übrige Gesellschaft einem Gewaltregime unterwerfen zu wollen. Der schädigende Hebräer aber wird dann in schlechten Massentrieben keinen zureichenden Anknüpfungspunkt mehr finden, und es wird ihm in Ermangelung von Stoff für seinen Parasitismus nichts übrig bleiben als — nolens volens (— ob er will oder nicht) zu verschwinden. **In der Knechtung des Arbeiters, der wiederum den Arbeiter knechtet, liegt gegenwärtig das jüdische Hauptmittel der Macht. Man emanzipiere (— befreie) das Arbeitertum und die Gesellschaft vom Hebräer, und es werden allgemeine Freiheits- und Wohlstandsbestrebungen an die Stelle des bloßen Scheins davon treten können.**

•

(Entnommen einer Aufsatzreihe „Die Knechtung des Arbeiters durch den Arbeiter" aus der Zeitschrift „Personalist und Emanzipator", Jahrg. 1898.)

## Der tapfere Erhard Auer!

Der unbändig tapfere Führer der Auergarde, der Rosenbukett-Auer, war auch am Sonntag in der Nähe des Bahnhofes und sah sich unsere Sturmtrupps an. Aus einiger Entfernung zwar, in Sprungweite des Eingangs zum Telegraphenamt ... Und als der Zug sichtbar wurde, lief der tapfere Erhard auch die Stufen hinauf und guckte hinter den Scheiben hervor.

Ob ihn die Tapferkeit zwang, noch einen anderen Ort aufzusuchen, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls tauchte Herr Auer erst nach längerer Zeit wieder auf. Ganz Volksvertreter, ganz Proletariergardist, bereit, fürs Volk zu sterben.

Haben Sie keine Angst vor uns, Herr Auer! Von unseren Leuten wird Ihnen niemand ein Haar krümmen, Sie sind uns dazu viel zu kostbar. Sie brauchen uns für diese Versicherung kein Rosenbukett zu übersenden, wir sind auch so Ihrer Dankbarkeit sicher. Fröhliche Weihnachten, Herr Auer, aber sorgen Sie dafür, daß Ihre Genossen nicht wieder Herrenabende mit Nackttänzen veranstalten. Das wäre zuviel Blamage auf einmal ...

Überfall aufs Miesbacher Auto, das Rosenbukett, der Südliche Friedhof, hinterm Guckfenster ... Das Schicksal ruht schwer auf Ihnen, Herr Auer, aber Sie können sich damit trösten, daß Sie ganz München ab und zu Stoff zum Lachen geben, was in unserer traurigen Zeit unzweifelhaft ein großes Verdienst bedeutet. Vielleicht nützen Sie diese Gottesgabe noch öfters aus und produzieren sich einmal. Irgendwo, wir wollen keine Orte nennen, denn Sie sind überall lachmuskelreizend. Fröhliche Weihnachten und — auf Wiedersehen!

## Anfragen an die Polizeidirektion

Hat die Polizeidirektion Kenntnis bekommen, daß am 13. d. M., abends, vor dem Gewerkschaftshaus zwei Lastautos bereitgestellt wurden, und

1. hat die Polizei davon Kenntnis bekommen, daß diese beiden Lastwagen nicht zum öffentlichen Verkehr zugelassen sein sollen,
2. daß diese beiden Lastwagen mit falschen Nummern versehen gewesen sein sollen?

Da die Allgemeinheit an öffentlichen Verkehrsmitteln ein ganz bestimmtes Interesse hat, so dürfen wir wohl sicher darauf rechnen, daß die Polizeidirektion auch der Sache auf den Grund geht und einen allgemeinen Bericht herausgibt.

Treffen die Angaben von unserem Gewährsmann zu, so lassen sich daraus folgende Schlüsse ziehen:

Entweder gehören die Autos einem Schieber oder einer Schieberfirma oder einem Großkapitalisten (Nichtdeutschen), deren Namen und Adressen das Tageslicht und vielleicht auch die Behörden scheuen, oder sie gehören überhaupt einem jüdischen Konzern (Hintermänner der Sozialdemokratie, internationale Hochfinanz), mit deren Bekanntwerden in der Öffentlichkeit man sich schließlich blamieren würde.

3. Sollten mit diesen beiden Lastwagen Waffen befördert werden?

Dann wäre es allerdings begreiflich, warum man Lastkraftwagen, die nicht zum öffentlichen Verkehr zugelassen sind, benützt; dann wäre es auch begreiflich, warum man an diesen Wagen falsche Nummern anbringt, oder sollen mit diesen Wagen falsche Nummern anbringt; oder sollen mit diesen befördert worden? Wenn letzteres der Fall sein sollte, dann hätte allerdings das Finanzamt daran ein Interesse, wenn für diese Lastkraftwagen für die Beförderung bezahlt worden ist.

Im übrigen würde man bei Benützung von nicht zugelassenen Verkehrsmitteln und Gebrauchen von falschen Nummern den Charakter einer Bewegung erkennen.

## Wir und unsere Feinde

Wer dem Pharisäertum, dem Volksbetrug und der Volksausbeutung den Kampf ansagt, züchtet sich Todfeinde. So auch wir. Wir sind stolz darauf. Aus ganz Deutschland kommen neben Tausenden von jubelnden Zustimmungen aus allen Bevölkerungskreisen Hunderte von Pressestimmen, die nach allen Regeln gewiegter Volksbetrüger ihre ergatterten Positionen durch weitere Lügengehege schützen möchten. Immer wieder werden wir aufgefordert, uns dazu zu äußern. Wir können das nicht im einzelnen tun. Nur einiges greifen wir heraus.

Der „Bayer. Kurier" hat sich wohlweislich über Herrn Oswalds Durchfall ausgeschwiegen. In der Provinz aber glaubt man unbemerkbar flunkern zu können. So zum Beispiel der „Ottinger Anzeiger" (15. Dez. 1922): Zuerst wird Erzberger verleugnet, ihr Erzberger, für den sie jahrelang durch dick und dünn gegangen ist, dann leugnet sie einfach die Niederlage Meister Oswalds in Tölz, sieht in unsern Anhängern Räterepublikaner usw. Die ebenso fromme „St. Blasier Ztg." (Nr. 282) wiederum beklagt sich über den „sprunghaften Charakter" des bayerischen Stammes und bezeichnet uns als „Bulldoggen mit einem Engelsgesicht", die über „arisches, blauäugiges Verbrechertum den Mantel der Nächstenliebe" decken wollen. Der demokratische Stuttgarter „Beobachter" stellt die lügnerische Behauptung auf, Herr Eckart habe den Katholizismus und den Papst als „internationale vaterlandslose Gesellen" und als „jüdische Sippschaft" hingestellt (Nr. 50). Alles aus den tintigen Pfoten gesogen (Berichtigung ist abgegangen). Die „Neckar-Ztg." (Nr. 294) klagt über unsere Vorstöße in „fremdes (!) Land"; gemeint ist Württemberg. Die „Leipziger N. N." machen aus Hitler einen „österreichischen Kaufmann", der Spartakisten um sich sammle. Das „Stuttg. Neues Tageblatt" ergeht sich in ellenlangen Beschimpfungen, die „Bayer. Volkszeitung" bringt voll Wonne die Korrespondenz der Bayer. Volkspartei über die „falschen Propheten" mit dem „Vorurteil gegen alles Christliche" usw. In Wasserburg arbeitet die gleiche Partei mit aller Macht und setzt eine Lüge nach der anderen in die Welt.

Um die Bauernschaft einzuschrecken, wird in Straubing und Umgebung das Märchen kolportiert, die Nationalsozialisten hätten ein Bündnis mit der „Freien Bauernschaft" abgeschlossen, um den Bauern seinen Grund und Boden zu nehmen. Die gesamte marxistische Presse wiederum heult über „Fascismus" und „Reaktion". Außer dem Münchener Börsenblatt („M. P.") heult in Freiburg i. Br. z. B. die „Volkswacht" in riesigen Aufsätzen über unsere Bewegung, die die Arbeiterbewegung töten möchte, und preist mit frecher Stirn die S.P.D. für ihre „unermüdliche Fürsorge für das arbeitende Volk" (Nr. 282). Jawohl: siehe das organisierte Schiebertum und die Ablehnung der Vermögenskonfiskation überführter Volksausbeuter! Unter einem marxistischen Präsidenten und einem „christlichen" Kanzler (Dr. Wirth).

So geht es weiter: die „Frommen" bezeichnen uns als Spartakisten, die Marxisten als die schwärzesten Reaktionäre. Sie arbeiten alle so fein zusammen die Brüder, die von Volksbetrug und Korruption leben. Und wissen doch alle ganz genau, was wir wollen: ein freies deutsches schaffendes Volk, das wieder Achtung vor sich selbst haben kann!

---

Große
**deutsche Weihnachtsfeier**

Samstag, den 23. Dezember 1922
abends 8 Uhr, im Thomasbräukeller
mit
**Bescherung der Sektion Süd**
und 5. Hundertschaft der S.-A.

Festrede: **Pg. Hermann Esser**

---

## Aus der Bewegung

### Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die Sektionsversammlungen für die kommende Woche fallen aus. Beginn der nächsten Sprechabende Dienstag, den 2. Januar 1923 für Haidhausen-Bogenhausen, Neuhausen, Schwabing.

Die Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12, ist ab Samstag, den 23. d. M., mittags 12 Uhr, geschlossen.

### Nachrichten des Jugendbundes

Sonntag, den 24. Dezember 1922, keine Zusammenkunft

Montag, den 25. Dezember 1922, früh 1/2 10 Uhr, Pflichtversammlung. Hierzu muß mitgebracht werden: Geld für Abzeichen, Christbaumbehang (2 Kugeln und 2 Kerzen, Halter usw.). Spenden dringend erwünscht. Kameraden können eingeführt werden.

Dienstag, den 26. Dezember 1922, findet ein eintägiger Ausflug statt. Sammeln früh 3/4 8 Uhr vor dem Parteiheim, Corneliusstr. 12. Rückkunft ungefähr 5 Uhr abends. Alles erscheinen, Kameraden mitbringen. Es ist dafür Sorge getragen, daß der Weihnachtsausflug interessant verläuft.

### Weihnachtsfeier!

Am Sonntag, den 7. Januar 1923, findet im großen Mathildensaale die Weihnachtsfeier des Jugendbundes statt. Sorgt für zahlreichen Besuch. Spendet für die Weihnachtsbescherung unserer jüngsten und braven Streiter, von denen in diesem Jahre wohl wenige einen gedeckten Weihnachtstisch sehen werden. Gebt uns die Mittel, damit es uns möglich wird, auch für sie einen bescheidenen Weihnachtstisch zu richten.

Für Nürnberger Jugendbundkameraden werden vom 26. bis 28. Dezember vier Nachtquartiere gesucht. Zuschriften, Geschenke und Meldungen von Quartieren sind an die Zentrale des Jugendbundes, G. A. Lenk, Jahnstr. 20/0 (Tel. 27741) zu richten.

•

Musikabteilung. Samstag, 23. Dezember, abends Punkt 6 Uhr im Restaurant „Belvedere", [illegible]straße, Festlegen des Übungslokales und der nächsten Übungsstunde, wozu auch die neuen Leute, welche von den Hundertschaften abgestellt wurden, unbedingt erscheinen müssen.

Die Leitung d. Musikabteilung.

### Mitteilungen anderer Ortsgruppen

**Ortsgruppe Traunstein.** Die Sprechabende finden jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer der Bürkebrauerei statt. Neuanmeldungen, Einzahlungen und Neuanmeldungen zur Sturmabteilung können dort betätigt werden.

**Ortsgruppe Freising.** Sprechabende von nun ab jeden 1. und 3. Freitag im Monat im Parteilokal Gasthaus „Zum Paradies", Prinz-Ludwig-Straße.

**Ortsgruppe Garmisch.** Antisemiten und Leser des „Völkischen Beobachters" von Garmisch und Umgebung werden zwecks Ausbau der Ortsgruppe ersucht, ihre Anschrift an Ludwig Schmauß, Partenkirchen, Haus-Nr. 275 f, zu senden.

**Ortsgruppe Rosenheim.** Jeden Samstag Sprechabend im „Flötzinger Löchl", 1. Stock.

**Ortsgruppe Berchtesgaden.** Sprechabende finden jeden 2. und 4. Samstag im Monat im [illegible] statt.

**Ortsgruppe Augsburg.** Jeden Donnerstag Sprechabend im „Pelikan" bei der Jacobskirche (Jakobivorstadt). Wir bitten die Parteigenossen von Augsburg, an jedem Sprechabend vollzählig zu erscheinen. Anhänger unserer Sache sind herzlichst eingeladen.

**Ortsgruppe Passau.** Jeden Sonntag zwangloses Zusammensein am Stammtisch.

**Ortsgruppe Erlangen.** Jeden Mittwoch abends, pünktlich 8 Uhr, Sprechabend im „Goldenen Herz". Erscheinen sämtlicher Parteigenossen ist Pflicht. Jeden 1. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung, an den übrigen Sprechabenden sind Gäste mitzubringen!

**Ortsgruppe Forchheim.** Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat Sprechabend im „National". Erscheinen Pflicht aller Parteigenossen. Unentschuldigte haben Ausschluß zu gewärtigen. Gäste sind mitzubringen.

**Ortsgruppe Kitzingen a. M.** Für die Angehörigen der deutschvölkischen Verbände Kitzingen jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliedsversammlung im kleinen Saal des Kolosseums. Jeden Freitag gemütliches Beisammensein im Hakenkreuzstübl des Bürgerbräu, Kitzingen.

**Ortsgruppe Zweibrücken.** Sprechabend jeden Mittwochabend in der Eremitage.

**Ortsgruppe Stuttgart.** Die Sprechabende finden jetzt regelmäßig jeden Freitag im „Reichshof", Tübinger Straße 17B, hinteres Nebenzimmer, statt. Anschriften sind nach dort zu richten.

**Ortsgruppe Markneukirchen.** Sprechabend jeden 1. und 3. Dienstag im Monat im Unterkunftshaus des Gemeinnützigen Vereins (Schwimmbad), abends 8 Uhr. Gäste willkommen.

**Ortsgruppe Plauen.** Sprechabend jeden Mittwoch von halb 9 Uhr an im Parteilokal, Fürstenstraße 29. Übungsabende der S.-A. jeden Mittwoch und Freitag von 7—9 Uhr in der Turnhalle der [illegible], Reissigerstraße.

### Neue Ortsgruppen

**Fürstenfeldbruck.** Am Donnerstag abend wurde hier im Gasthaus „Greif" eine Ortsgruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gegründet. Als Führer derselben wurde Herr Flunk einstimmig gewählt. Zu diesem Abend war aus München der Pg. Christian Weber erschienen, der in einer zweistündigen Rede das Programm der Bewegung erläuterte und die fortwährenden Angriffe und Verleumdungen von seiten der Führer der Bayer. Volkspartei, namentlich von Herrn Minister Oswald, darlegte.

Daß heute die Leute nicht mehr auf solch eine Weisheit reinfallen (es ist ja alles Scheinheiligkeit, was diese Herren verzapfen), ist der beste Beweis dafür, daß gerade nach der Hetze des Herrn Oswald die Männer von hier die Gründung einer Ortsgruppe unserer Bewegung mit doppeltem Eifer betrieben, der sofort eine große Anzahl deutsche Männer beitraten. Wenn auch der Herausgeber vom „Fürstenfelder Wochenblatt" die Bezahlung der Anzeige zur Ankündigung des Sprechabends nicht annahm, so waren doch die Männer alle da, die mit uns gehen wollten. Unsere Bewegung kann man auch hier nicht mehr aufhalten, und wir werden alles daran setzen, daß unser Führer Hitler schon Anfang nächsten Monats hier in einer großen öffentlichen Massenversammlung sprechen wird. Wir Fürstenfeldbrucker lassen uns hierin auch von niemand hindern, und die Hetzapostel der Bayer. Volkspartei erreichen mit ihren Reden das Gegenteil. Zur Sicherung unserer Ortsgruppe und zur Stärkung der ganzen Bewegung haben wir gleichzeitig hier eine Sturmabteilung gegründet, mit deren Führung ein befähigter, erfahrener Frontkämpfer betraut wurde. Schon in allernächster Zeit wird hier die schwarzweißrote Fahne mit dem Hakenkreuz wehen. Der nächste Sprechabend der Ortsgruppe findet kommenden Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, im Gasthaus „Greif" statt. Zu diesem Abend haben wir einen Referenten aus München eingeladen. Wir laden alle Freunde und Anhänger unserer Bewegung und die sich für unsere Sache interessieren, freundlichst ein. An diesen Sprechabenden wird über alle Fragen Auskunft erteilt, und können Neuanmeldungen, Einzahlungen und Anmeldungen zur Sturmabteilung getätigt werden.

Der Ausschuß der Ortsgruppe Fürstenfeldbruck.

**Ottingen (Bayern).** Auch hier wurde, wie allenthalben von echt deutschen Männern, am Dienstag, den 13. Dezember, eine Ortsgruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gegründet. Eine schöne Anzahl Volksgenossen hat sich bei der Partei angemeldet, so daß wir auch im Bayer. Ries nun auf der Wacht sein werden. Ferner wurde beschlossen, mit dem hier schon jahrelang bestehenden Schutz- und Trutzbund eine Völkische Arbeitsgemeinschaft aufzubauen, damit ein echt völkisches Zusammenarbeiten stattfinden kann.

•

**Alle Leser des „Völkischen Beobachters" in Braunschweig** werden zwecks Zusammenschlusses gebeten, ihre Anschrift sofort an A. Bressel, Braunschweig, Leonhardstr. 33, mitzuteilen.

**Lüdenscheid (Westf.).** Antisemiten und Deutschvölkische von Lüdenscheid und Umgebung wollen sich der „Deutschvölkischen Lesergemeinde, Lüdenscheid" anschließen. Nächste Monatsversammlung am 8. Januar, abends 8 1/4 Uhr, im „Parkhause". Näheres durch Eberh. Ernst Aßmann, Hochstraße 31, Fernruf 92.

•

**Starnberg.** Der von der Nationalsozialist. Arbeiterpartei am 9. Dezember einberufene Sprechabend im Restaurant „Zur Eisenbahn" war sehr stark besucht. Herr Bichlmair aus München bewies den Anwesenden in überzeugenden Ausführungen die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Parteiswistigkeiten und -Spaltungen im Angesicht des immer stärker werdenden Druckes des äußeren und inneren Feindes, und griff das parlamentarische System scharf an. Er verlas hierauf die verschiedenen Punkte des politischen Programms der Deutschen Arbeiterpartei, das allgemeinen Beifall fand. Ihre ureigensten Ziele seien: Die Zerstörung des von den Linksparteien künstlich hoch gezüchteten Klassenhasses, das Zurückführen aller Deutschen zum rein völkischnationalen Einheitsgedanken, und die Aufklärung der mißgeleiteten Arbeiterschaft über die Unhaltbarkeit des internationalen Wahnsinnsprogramms. Scharf geißelte er die eingerissene Sittenlosigkeit und den Mangel in der Erziehung der heutigen heranwachsenden Jugend, die im Begriffe ist, jeden Respekt vor Eltern, Kirche, Schule, Obrigkeit und Alter zu verlieren. Herr Pfeiffer aus Starnberg, der zweite Redner, ein Arbeiter, packte die Zuhörer mit markigen Worten, mit denen er die Hintermänner der „Revolution" ans Tageslicht zog, und appellierte an den Selbsterhaltungsbetrieb des deutschen werktätigen Volkes, Arm in Arm, Bürger, Bauer, Kopf- und Handarbeiter gegen unsere wahren Unterdrücker vorzugehen. Lebhafter Beifall lohnte auch seine Ausführungen. Es wurde eine Entschließung gegen den Wucher, die Börsen usw. vorgelesen und einstimmig angenommen, die sofort an die zuständige Stelle weitergegeben wurde.

**Passau.** Als im August heurigen Jahres unsere junge Ortsgruppe die Freude hatte, unsern verehrten Pg. Adolf Hitler hier als Redner zu haben, hatten die Marxisten die Parole ausgegeben, die Versammlung nicht zu besuchen. Als Mitte voriger Woche die Ankündigung erfolgte, daß am Freitag, den 15. Dezember, unser Pg. Hermann Esser in großer öffentlicher Volksversammlung sprechen sollte, glaubten die marxistischen Häuptlinge eine andere Taktik einschlagen zu müssen und forderten in den Betrieben zu geschlossenem Besuch der nationalsozialistischen Versammlung auf. So war denn an dem Abend der größte Passauer Saal im „Schmeroldkeller" zum Brechen voll. Die Marxisten hatten sich — geführt von ihren Bonzen — in der Stärke von etlichen Hunderten gleichmäßig in dem Saal verteilt. Daß die beabsichtigte Sprengung der Versammlung nicht gelang und die Versammlung schließlich ein voller Erfolg unserer Sache wurde, ist neben der geschickten Versammlungsleitung des Pg. Küfner in erster Linie dem rednerischen Geschick des Pg. Hermann Esser zu verdanken, der, obwohl anfänglich andauernd von dem Gebrüll der Menschheitsbeglücker unterbrochen, ihnen schließlich doch Wahrheiten beibrachte, die nicht so schnell vergessen werden können. Als Pg. Esser schließlich nach 2 1/2 stündigen Ausführungen stürmischen Beifall des überwiegenden Teiles der Versammlung erntete, versuchten nicht weniger als sechs Diskussionsredner, denen unbeschränkte Redezeit gegeben wurde, vergebens, die Wirkung der Worte Essers durch Lügen, Verleumdungen und Entstellungen abzuschwächen. Als Pg. Esser lange nach Mitternacht das Schlußwort zu einer gründlichen Abrechnung nahm, suchten die Marxisten durch eine Flucht aus dem Saal ihrem Verhängnis zu entfliehen. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung, die bis fast zur zweiten Stunde des neuen Tages im Saale aushielt, bis das letzte Wort unseres Referenten verklungen war, bekundete durch stürmischen Beifall und zahlreichen Anmeldungen, daß die zweite große öffentliche Kundgebung des Nationalsozialismus in Passau in diesem Jahre ein voller Erfolg war. S. B.

**Eichstätt.** Die Versammlung der Nationalsozialisten übertraf die kühnsten Erwartungen unserer hiesigen Freunde. Der größte zur Verfügung stehende Saal der Stadt, die „Schießstätte", war nicht nur überfüllt, sondern zu klein, um alle Besucher fassen zu können. Vom 1. Bürgermeister der Stadt mit seinen Stadträten, die Spitzen der Behörden bis zum Dienstmann, alles war erschienen; die Arbeiterschaft mit einigen von auswärts herbeigerufenen Führern vollzählig vertreten. Einen marxistischen Störungsversuch [illegible] der Redner, Pg. Hermann

Esser, unterstützt von einem großen Teil der Versammlung, derart entschieden entgegen, daß tiefe Stille herrschte, als der Redner in allgemein anerkannter glänzender Weise das Programm des Nationalsozialismus erläuterte. Nicht endenwollender Beifall lohnte die 2½stündigen Ausführungen. Der größte Erfolg des Abends aber bestand darin, daß es Pg. Esser gelang, die Arbeiterschaft, die, nachdem die drei von auswärts „zufällig" anwesenden Diskussionsredner vergeblich den Vortrag zu entkräften versuchten, von ihren Führern zum Verlassen des Saales aufgefordert worden war, dahin zu bringen, daß die ihren Führern den Gehorsam verweigerte, trotz wiederholter Aufforderung im Saale blieben, ihre Bonzen, vier an der Zahl, allein abziehen ließ und, nachdem sie gespannt und aufmerksam dem Schlußwort gelauscht hatte, stehenden Fußes mit in das spontan aus der Versammlung angestimmte Deutschlandlied miteinstimmte. H. B.

Kulmbach. Nachdem in Hof schon vor drei Wochen eine Ortsgruppe entstanden war, ließen es sich die Freunde in Kulmbach nicht nehmen, wenigstens an zweiter Stelle das gleiche zu tun. Am vorletzten Dienstag fand die Gründungsversammlung statt. 45 Mann traten nach einem mit großem Beifall aufgenommenen 2½stündigen Vortrag des Pg. Hermann Esser der neuen Gruppe bei. Bereits schon an diesem Mittwoch fand der erste Sprechabend der neuen Ortsgruppe statt, zu dem als Referent Pg. Max Weber aus München erschienen war. Seine Ausführungen „Vom Kommunismus zum Nationalsozialismus" fanden insbesondere bei den zahlreich erschienenen Arbeitern großen Anklang und hatten zahlreiche Neuaufnahmen als äußeren Erfolg. Vorwärts!

## Freiheitliches aus Sachsen

Am 30. v. M. fand die erste größere Versammlung unserer Partei in Plauen (Vogtland) statt. Anläßlich der Gründungsversammlung im Mai d. J. (bei welcher der Vortrag 7 [sieben] Minuten und die Schlägerei 25 Minuten dauerte, wobei die Zerbrechlichkeit der verschiedenen Biergläser an meinem Kopfe ausgiebig ausprobiert wurde) versicherten die Tintenkulis der „Volkszeitung": „Der Jüngling T. aber wird sich wohl reichlich überlegen, ob er noch einmal nach Plauen kommt ... hat er aber wirklich Lust dazu, dann wird ihm die Plauener Arbeiterschaft, die, wie er nun zur Genüge weiß, eine gute Handschrift schrieb, einen herzlichen Empfang bereiten." Nebenbei: Damals wurden nicht nur alle im Verdacht völkischer Gesinnung Stehenden mißhandelt, sondern auch der Wirt des Lokals. Mir wurden Rock, Kragen, Hemd zerrissen und Krawatte gestohlen. Und das in einer geschlossenen Versammlung! — Landfriedensbruch? Ausgeschlossen, die Mißhandelten waren doch Hakenkreuzler!

Der prophezeite Empfang kam, nur etwas spät. Ich konnte mich dem Volkshaufen nicht persönlich vorstellen, da ich meinen Vortrag bereits begonnen hatte, wurde aber durch das ab und zu bis in den Vortragssaal dringende Geheul unterrichtet, daß „man" da war und sich alle Mühe gab, die am Eingang stehenden Leute mit Hakenkreuzarmbinden hinwegzu—brüllen. Diesmal erschienen auch die Polizei und Sipo nicht nur sehr bald, sondern auch zahlreich. An der Spitze Herr Regierungskommissar Genosse Müller. Sofort begann die Durchsuchung nach Waffen bei den — Ordnungsleuten. Währenddem ein Gespräch zwischen einem Pg. und Herrn Regierungskommissar Genossen Müller: „Haben Sie die Menge auf der Straße nach Waffen durchsucht?" frug unser Pg. Antwort: „Nein. Die haben keine (Waffen)!" — „Wenn Sie sie nicht durchsucht haben, woher wissen Sie das?" — „Die brauchen keine Waffen." — Mit Verlaub, Herr Müller, wollten Sie damit sagen, daß Sie wie jeder anständige Mensch davon überzeugt sind, daß wir Nationalsozialisten Volksgenossen — auch politisch andersdenkende — nie angreifen? Oder wollten Sie damit zum Ausdruck bringen, daß Sie als Regierungskommissar immer rechtzeitig mit Polizei zur Stelle sind, wenn Ihnen die Sache für Ihre Genossen zu brenzlich erscheint? H. Tittmann.

## Verbrüderung von Bayer. Volkspartei und „Münchner Post"

Kürzlich veröffentlichte die „M. P." eine „Zuschrift", in welcher ein Unbekannter seiner „Empörung" darüber zum Ausdruck brachte, daß auf unseren 10 Massenversammlungen mehrfach über „die Schwarzen" geschimpft worden sein soll. Abgesehen davon, daß uns davon nichts bekannt ist, ist die Taktik eines Blattes, das jahrelang katholische Geistliche mit Kot beworfen hat, sehr bezeichnend. Gute Freunde hast du, oh Bayer. Volkspartei!

Jetzt noch was neues! Der „Völk. Beob." soll „geflunkert" haben. In Cham hätte keine Massenversammlung der Bayer. Volkspartei stattgefunden, deren Wähler seien uns genau so feindlich wie früher. Der Tintenkuli lernt sonst an jedem Sabbath den „Völk. Beob." auswendig, er hätte auch die Nr. 99 lesen sollen, wo betont wird, daß es keine Massen-, sondern eine Mitgliederversammlung war, in der die Redner (ganze 5 an der Zahl) sich die Bekämpfung unserer Partei verbaten. Umsonst die Anstrengung, liebe „M. Post".

## Aufhebung eines Fehlurteils

Wie erinnerlich, hatte das Gericht eine einstweilige Verfügung erlassen, derzufolge wir über des ehrenwerten Simon Rosenbergs Schuhgeschäfte weder sprechen noch schreiben durften.

Dagegen wurde Berufung eingelegt und die Verfügung gerichtlich wieder aufgehoben. Wie man sieht: Schritt für Schritt muß der jüdische Terror bekämpft werden. Auch wenn nicht immer Erfolge zu erzielen sind: nur nicht locker lassen. Den Simon R. jedenfalls, der schon 1920 im „Völk. Beob." als ein Bursche nicht zu fassen hingestellt wurde, sitzt heute hinter eisernen Gardinen.

Hoffentlich folgen noch andere, die „an Mangel an Beweisen" noch nicht zu fassen waren.

## Jüdische Anmaßung

In einem Hause in der Umgebung des Stiglmaierplatzes wohnt unter anderen christlichen, auch eine jüdische Partei, die mit besonders zartbesaiteten Nerven ausgestattet zu sein scheint. Als vor einigen Tagen eine über der Jüdin wohnende Dame auf dem Klavier das Lied: „Das ist der Tag des Herrn" spielte, kam in höchster Erregung die „Sara" heraufgestürmt und erklärte der erstaunten Dame, daß sie sich das Spielen dieses Liedes verbitte, weil sie an diesem Liede Ärgernis nehme. Es kommt auch vor, daß diese „Dame" abends um halb 9 Uhr durch Klopfen mit einem Stock an der Decke versucht, die über ihr wohnende Partei zum Einstellen des Musizierens zu bringen. Vielleicht wird noch ein Republik-Musik-Schutzgesetz erlassen.

## Ergebnis der Wahlen zum A. St. A.

Auf Liste I (Liste der Korporationen) entfielen 10 Sitze. Dieser Liste waren nicht angeschlossen: der Kartellverband der nichtfarbentragenden kathol. Studentenvereine Deutschlands ferner der Unitasverband und die Kathol. Bayer. Stud.-Verbindung „Rhaetia".

Auf Liste II (Liste der völkischen Finkenschaft verbunden mit der Gruppe d. nichtinkorp. Medizin-Studierenden) entfielen acht Sitze.

Auf die Liste III (Katholischer Hochschulblock) entfielen fünf Sitze. Dieser Liste waren nicht angeschlossen: der Kartellverband der farbentragenden kathol. deutschen Studentenverbindungen; außerdem „Wingolf" u. „Herminonia". Diese waren bei Liste I.

Auf Liste IV: (Freiheitlicher Hochschulblock, Deutscher Studentenbund) entfielen 5 Sitze.

Auf Liste V: (Jugendbewegung) entfielen 2 Sitze. Die Urabstimmung über Leibesübungen, die gleichzeitig stattfand, endete mit einem positiven Ergebnis.

## Die alljüdische A. E. G.

Die A.E.G. hat zwei neue Vorsitzende bekommen: Karl Fürstenberg und Fritz Andreae. Die Fürstenberg sind mit den Warburgs versippt. Karl Fürstenberg steht an der Spitze der Berliner Handelsgesellschaft, von der Hugo Stinnes soeben ein Drittel Aktienminorität gekauft hat. Somit bildet also Fürstenberg eine Art Brücke zwischen der A.E.G. und Stinnes, welcher letztere auch auf diese Art Nachfolger Rathenaus geworden ist. Fritz Andreae aber, auf den wir schon im „Völk. B." wiederholt aufmerksam gemacht haben, ist längst in die Reihe der ganz großen jüdischen Finanzleute gerückt und zeichnet auch für die Bankengemeinschaft Darmstädter Nationalbank, abgesehen von seiner eigenen Bankfirma, die zugleich Vermittlungsgeschäfte größten Stiles (für Rothschilds Rechnung?) betreibt. Dr. H. P.

## Zunehmende Verjudung unserer höheren technischen Schulen

Der aus dem Osten kommende Schwarm des jüdischen Volkes betätigt sich nicht nur in der Grenadierstraße Berlins, man kann auch die jüngeren Vertreter dieses auserwählten Volkes an den Stätten unserer Wissenschaft sehen. So besteht die Besucherzahl der Vorträge über Projektionslehre für das 1. Semester für die Elektro- und Maschinenbauabteilung aus mindestens 45 Prozent jüdischer Nationalität. Merkwürdigerweise ist in der ganzen Hochbauabteilung kein einziger von „unsere Leit" zu sehen.

## Karl V. und der Galgen!

Als Kaiser Karl vorüberritt
Am Hochgericht im Trab,
Da zügelt' er des Rosses Schritt
Und nahm die Kappe ab
Und sprach zu seinen Rittern: „Gelt,
Das wundert euch wohl sehr?
Doch, wär' kein Galgen aufgestellt,
Des Übels wär' noch mehr.
„Von Gottes Gnaden steht er dort,
Ich ihm bestellt als Knecht,
Da Gott mich eingesetzt zum Hort
Und Schirmer für das Recht.
„Der Galgen straft die Missetat
Und schirmt den wackren Mann.
Ich glaub', ich folgte üblem Rat,
Säh' ich gering ihn an.
„Drum ehr' ich mit gezognem Hut
Ihn willig, stolz und gern,
Und in ihm jeden, der da tut
Das Recht und ehrt den Herrn."

Otto Freiherr von Taube.

## Kleine Nachrichten.

Der Landesverband Bayern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., München, Residenz, Max-Joseph-Platz 3/1, hat seine Organisation weiter ausgebaut, so daß er zur Zeit 143 Ortsgruppen in 8 Kreisverbänden zählt. Auf Werbereisen des 1. Vorsitzenden, Dr. Dingfelder, wurden letzthin auch in Passau, Eggenfelden und Ingolstadt Ortsgruppen gegründet, sowie in Nürnberg, Fürth i. B. und Ansbach zahlreich besuchte Versammlungen abgehalten, die der Erinnerung an die gefallenen Helden und der Pflege ihrer Gräber galten. Der Volksbund bedarf der Unterstützung aller, um das große Werk, die Grabstätten vor Verwahrlosung und Vergessenheit zu bewahren, so zu erfüllen, wie es der Würde des deutschen Namens entspricht. Mindestmitgliedsbeitrag ist 20 M. jährlich; durch einmalige Zahlung von 500 M. kann die dauernde Mitgliedschaft erworben werden. Anmeldungen wolle man richten an die obengenannte Geschäftsstelle (zugleich für Kreisverband Oberbayern und die Ortsgruppe München); für die Kreisverbände Niederbayern: Landshut, Podewilsstr. 1; Pfalz: Speyer, Schützenstr. 19; Oberpfalz: Regensburg, Neupfarrplatz 8; Oberfranken: Bayreuth, Altes Rathaus, Zimmer 18; Mittelfranken: Nürnberg, Vereinshaus am Sterntor; Unterfranken: Würzburg, Lerchenweg 1; Schwaben: Augsburg, Städt. Gebäude B 212/1.

Deutsche Weihnachten beim Frontkriegerbund. Die Ortsgruppe München des Frontkriegerbundes veranstaltet am 4. Januar 1923 im Mathäserbräu-Festsaal, abends ½8 Uhr, ihre Weihnachtsfeier. Erste Kräfte sind dazu gewonnen. Der Abend soll alle vaterländisch Gesinnten zusammenführen zu gemeinsamer Erbauung in diesen trostlosen Tagen.

### Erklärung

Nach einer persönlichen Aussprache mit Herrn Hitler bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß der öffentliche Brief in der „Allgemeinen Zeitung" auf vollständig falscher Grundlage beruht. Ich bedauere es von ganzem Herzen, daß ich ehrenvolle Männer wie Herrn Adolf Hitler und Herrn Esser angegriffen habe. Ich verspreche hiermit, daß ich nur mehr im Sinne der nationalsozialistischen Volksbewegung arbeiten werde. Möge Gott der gerechten Sache recht bald den Sieg verleihen!

Karl Berktold, Traunstein.

**Bestellungen**
auf den „Völkischen Beobachter" nimmt jedes
**Postamt**
entgegen. Nur so ist schnellste Zustellung gesichert.
Verlag.

## Bekanntmachung.

Die heutige Ausgabe ist eine Doppelnummer.
Die nächste Ausgabe des „Völk. Beobachter" erscheint am Samstag, den 30. Dezember.

Verlag und Schriftleitung.

**Bitte!** An alle Freunde und Anhänger unserer Bewegung richten wir die herzliche Bitte, Bestellungen auf Parteiprogramme und Flugblätter nicht beim Verlag des „Völkischen Beobachters" sondern stets nur an die Geschäftsstelle der N.S.D.A.P. München, Corneliusstraße 12 zu richten!

Die Geschäftsleitung.

## Die gekränkte „Münchener Post"

Als Rathenau gestorben war, hatte ein Pg. eine Anzeige über sein Hinscheiden an unserem Parteilokal ausgehängt. Die „M. P." druckte diese ab, fügte aber von sich noch Unwahrheiten hinzu und warf uns vor, eine Mordhetze zu betreiben. Wir hatten die „M. P." darauf als Apachenblatt bezeichnet. Herr Auer war gekränkt und klagte. Trotzdem vor Gericht Unwahrheiten der „M. P." nachgewiesen wurden, erkannte das heutige Gericht wegen „Beleidigung" Seiner Unfehlbarkeit auf eine Geldstrafe von 500 M.

### Bekanntmachung

Das Schöffengericht bei dem Amtsgerichte München erkennt in der Privatklagesache

Auer Erhard, Hauptschriftleiter u. Landtagsabgeordneter, hier,

gegen

Eckart Dietrich, Hauptschriftleiter, hier,

wegen Beleidigung

in seiner öffentlichen Sitzung vom 27. November 1922 in Gegenwart des

Amtsgerichtsrats Frank,
der Schöffen:
a) Steininger Fritz, Ingenieur,
b) Steiner Franz, Bädereibesitzer,
des Gerichtsschreibers Blank

auf Grund der Hauptverhandlung zu Recht, wie folgt:

Der Angeklagte, Dietrich Eckart, geboren am 23. März 1868 in Neumarkt i. Opf., geschieden, Schriftleiter in München, ist schuldig eines Vergehens der Beleidigung und wird deshalb zu einer Geldstrafe von fünfhundert Mark, für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einer Haftstrafe von 5 Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und zum Ersatz der dem Privatkläger Erhard Auer, Hauptschriftleiter und Landtagsabgeordneter in München, erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten innerhalb eines Monats nach Rechtskraft öffentlich bekanntzumachen durch einmalige Einrückung der Urteilsformel in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art in die Zeitung „Völkischer Beobachter".

München, 4. Dezember 1922.

Dr. Bernheim,
Justizrat.

### Briefkasten

Brief über den Visitenkarten-Rechnungsrat erhalten. Besten Dank auch für die Zeitungen.

„Dr. St. Cernauti": Eingelaufen.

E. H., Hohenelbe. 8300 M. eingegangen.

**In 5 Minuten**

sind Sie befreit von den quälenden Kopfweh und Neuralgieschmerzen bei Gebrauch von Germosan-Tabletten (ges. gesch.) — [illegible] Erfolg soll auf der einzigartigen Verbindung [illegible] (Acidophen., Phenac. sal., Chin. C.[illegible]), denn eine einzige [illegible] Erfolg. [illegible] Erhältlich in allen Apotheken. [illegible]

Konditorei
Regina-
Palast-Hotel

REGINA-TE[illegible]
Eröffnet in ganz neuer Ausstattung
Sehenswürdigkeit

LADEN-VERKAUF
(eigener Eingang) vom Café getrennt
Ermäßigte Preise / Auswahl in Kuchen,
Pralinen (eigene Herstellung) und allen
Süßigkeiten, / / / Weihnachtssachen